

Sehr geehrte Anwesende, liebe Frauen!

Ich möchte uns zunächst zum Internationalen Frauentag gratulieren und mich zeitgleich bei den Organisatorinnen und Organisatoren für die Einladung zum Gedenken an Clara Zetkin bedanken.

Ich möchte meine Rede gerne unter das Motto „100 Jahre Frauenwahlrecht“ stellen und zeitgleich aufzeigen, was eine Frau durch dieses erkämpfte Recht im Sächsischen Landtag leisten kann.

Clara Zetkin hat gemeinsam mit anderen Sozialistinnen das volle Wahlrecht für Frauen erstritten, am 12. November 1918 wurde es durch den Rat der Volksbeauftragten verkündet. Die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 war die erste, an der Frauen als Wählerinnen und Gewählte teilnahmen. Über 80 Prozent der wahlberechtigten Frauen gaben ihre Stimme ab. Es kandidierten 300 Frauen. Von den insgesamt 423 Abgeordneten zogen 37 Frauen in die Nationalversammlung ein.

Am 19. Februar 1919 hielt die Sozialdemokratin Marie Juchacz als erste Frau eine Rede in der Nationalversammlung und stellte fest: „Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen kann [...]. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“

100 Jahre später verneige ich mich tief vor den Wegbereiterinnen Anita Augspurg, Marie Juchacz, Helene Lange und hier in Wiederau insbesondere vor Clara Zetkin.

Diese Frauen machten aber auch deutlich, dass es mit wählen allein nicht getan ist: Die Revolution ist nicht zu haben ohne die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen, das Recht auf Ehescheidung und eine Schulreform. Soziale Gerechtigkeit, freie Entscheidungen über das eigene Privatleben, ein Bildungssystem, das soziale Nachteile ausgleicht und nicht verstärkt – diese Kämpfe gehörten schon vor 100 Jahren für die Streiterinnen zusammen.

100 Jahre scheinen eine lange Zeit zu sein und doch ist sie offenbar von der Ergebnisseite sehr kurz. Frauen dürfen zwar heute gleichberechtigt bei Wahlen ihre Stimme abgeben, aber wie sieht es mit der sonstigen Gleichberechtigung aus? Die Teilhabe am Bildungssystem ermöglicht es zwar, dass Mädchen und Jugendliche die besten Abschlüsse aufweisen – trotzdem diskutieren wir immer noch, wie Frauen in Führungspositionen gelangen können, versuchen behelfsweise über Quoten, irgendwie einen Schein zu wahren. In vielen Berufen bekommen Frauen oft immer noch für dieselbe Arbeit weniger Lohn. Und Berufe, in denen Frauen arbeiten, werden systematisch schlecht bezahlt – in den Pflegeberufen und anderen

sogenannten „personennahen Dienstleistungen“, im Handel und Verkauf und in den privaten Haushalten. Das hat auch Folgen für die Rente, wie vielleicht die älteren Frauen im Raum schmerzlich wissen.

Es gibt also im Kampf um eine wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau, bezogen auf die Bildungs- und Karriereentwicklung, immer noch viel zu tun.

Auch bei Wahlen haben wir einen Stillstand des Frauenanteils oder gar einen Rückgang der Teilhabe von Frauen bei politischen Entscheidungen zu verzeichnen. Frauen gehen zwar ebenso häufig zur Wahl wie Männer, aber es gibt einen bedeutenden Unterschied. Sie sind weit seltener selbst Abgeordnete. Das gilt auf allen Ebenen: Der Bundestag weist einen Frauenanteil von 31%, der Sächsische Landtag von 32% auf, der Kreistag Mittelsachsen hat 20% Kreisrätinnen.

Und freiwillig wird sich da auch nichts verändern – es bedarf eines Gesetzes, womit quotierte Listen für alle Parteien künftig verpflichtend sein müssen, so wie das die rot-rote Regierung in Brandenburg mit ihrem „Gesetz zur verbindlichen Geschlechterquote für den Landtag“ Ende Januar beschlossen hat.

Frauen müssen stärker individuell gestärkt werden, um sich politisch einzumischen. Und es gibt auch neue Aufgaben, die sich vor 100 Jahren noch nicht abzeichneten. In der Vorstellung der Linken von einer gerechten Welt spielen heute auch neue Randgruppen stärker eine Rolle als damals. Zwei möchte ich nennen – die Frauen mit Behinderung und die Migrantinnen.

In Deutschland leben etwa 10 Millionen Migrantinnen und Migranten, die von Wahlen ausgeschlossen sind, egal ob Frau oder Mann. Sie besitzen keine deutsche Staatsbürgerschaft, stammen teilweise aus Krisengebieten, manche leben aber auch schon sehr lange unter uns.

Warum, glaube ich, werden Migrantinnen und Migranten von der Wahl ausgeschlossen? Zum einen soll möglicherweise die Bildung ethnischer Parteien verhindert werden. Denn wenn Zuwanderergruppen ihre eigenen, politischen Parteien gründen, kann dieser Prozess die bereits etablierten Parteien massiv schwächen. Hinzu kommt, dass das Ausländerwahlrecht bestehende Machtverhältnisse durcheinanderbringen kann, denn gewisse Parteien könnten stärker von diesen Stimmen profitieren als andere. Und viele befürchten, dass, wenn erst einmal die Zustimmung für die Stimmenabgabe für die Kommunalwahlen erfolgt ist, dann die Argumente, die Migranten bei den Landes- und Bundestagswahlen weiter auszuschließen, schwächer werden.

Warum es für mich dennoch wichtig, dass auch Migrantinnen und Migranten wählen?

Die Erlaubnis zu wählen, fördert meines Erachtens maßgeblich die Teilhabe der Zuwandererinnen und Zuwanderer am politischen Leben und somit auch ihre Integration in die deutsche Gesellschaft. Denn sie sind dauerhafte Mitglieder der Gesellschaft. Durch das Wahlrecht werden sie als zukünftige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wahrgenommen, der Weg zur Staatsbürgerschaft wird geebnet. Denn wenn Migrantinnen und Migranten an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen, dann ermutigt sie dies, sich einbürgern zu lassen, um dann auch bei den nationalen Wahlen teilnehmen zu können. Integration wird also in hohem Maße gefördert.

Wir werden in diesem historischen Wahljahr 2019 in Europa, in Sachsen, in den Kommunen um unsere Ideale kämpfen müssen, denn schauen wir uns die Äußerungen der sogenannten Alternative für Deutschland an, dann werden nicht nur die Minderheiten, wie Menschen mit Behinderung oder eben auch Flüchtlinge eine düstere Zukunft haben.

Insbesondere Frauen droht eine Rückabwicklung zahlreicher Errungenschaften des letzten Jahrhunderts. Neben einer auf Abschottung und Ausgrenzung setzenden Asylpolitik ist eine reaktionäre, antifeministische Familienpolitik ein zentraler Schwerpunkt der AfD, mit dem diese Partei die Gesellschaft wieder in die Vergangenheit katapultieren will. Das Bild der Kleinfamilie einzig als Ehe zwischen Mann und Frau, die Einschränkung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch, die Zurückdrängung pluraler Lebensweisen und vielfältiger Begehrensformen – das sind die Koordinaten, in denen sich die Familienpolitik der AfD bewegt und innerhalb derer Selbstbestimmungsrechte beschnitten werden sollen.

Daher, liebe Anwesende, es ist für eine Linke Abgeordnete – ob als Stadträtin, Kreisrätin oder Landtagsabgeordnete im Moment keine leichte politische Zeit. Ich persönlich habe vom beharrlichen Streit von Clara Zektin und ihrer mitstreitenden Frauen profitiert. Ich bin zwar eine Quotenfrau, aber kann mich in der parlamentarischen Demokratie lautstark äußern, was ich auch mache.

Seit Jahren beschäftige ich mich beispielsweise mit der Energie- und Rohstoffpolitik Sachsens – im Übrigen habe ich als Frau und promovierte Geowissenschaftlerin auch ein Alleinstellungsmerkmal in einer von Männern dominierten Branche. Klimaschutz, Braunkohleausstieg und gleichzeitig eine Perspektive für die Menschen in den Bergbauregionen aufzuzeigen, das habe ich mir auf die Fahne geschrieben.

Als umweltpolitische Sprecherin habe ich natürlich auch andere Schwerpunkte im Blick – beispielsweise das Insektensterben im Land Sachsen. Eine Ursache hierfür liegt in der derzeitigen Art und Weise der Landwirtschaft, die immerhin 55% der Flächennutzung in Sachsen ausmacht.

In den zurückliegenden Jahren hat die Vielfalt der angebauten Kulturen abgenommen, die Intensität der Landwirtschaft hat oftmals zugenommen. Wir bekamen zu hören, dass die geltenden Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft die Artenvielfalt nicht mehr helfen, sondern verringern: der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln führen dazu, dass die Anzahl der Tiere, aber auch die Vielfalt an Insekten, Vögeln und anderem Getier in der offenen Landschaft seit Jahren zurückgeht. Auch da werde ich nach dieser Anhörung mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen nachdenken müssen, was wir von der Staatsregierung in Kürze fordern müssen, um eine geänderte Agrarpolitik anzugehen.

Liebe Frauen, liebe Gäste,
in der Politik ist nicht immer eitel Sonnenschein, wie ich manchmal so zu hören bekomme, als Frau in den von mir zu vertretenden Sprecherbereichen erst recht nicht. Und manchmal bin auch ich am Boden zerstört und muss mich neu motivieren. Ihr oder Sie können mir glauben, Opposition ist nicht einfach, weil eben von den Regierungsfractionen alles, wirklich alles abgelehnt wird. Dann muss ich mich durchkämpfen, mit Widersprüchen, Klageandrohungen oder auch mit parlamentarischen Initiativen aufzeigen, dass die Regierung rechtswidrig Gesetze verabschiedet hat. Das ist mir in den 9 Jahren als Abgeordnete schon geglückt, immerhin. Daher Kopf hoch und nicht die Hände!